Bundesministerium
Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Pflege und Konsumentenschutz

sozialministerium.gv.at

BMASGPK - I/A/4 (Rechtskoordination und Verbindungsdienste)

[redacted]

[redacted]
Stubenring 1, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der Geschäftszahl an post@sozialministerium.gv.at zu richten.

An das
Amt der Wiener Landesregierung
Magistratsabteilung 5
Ebendorferstraße 2
1010 Wien

Per E-Mail:
finanzangelegenheiten@ma05.wien.gv.at

Geschäftszahl: [redacted]

Ihr Zeichen: [redacted]

Entwurf eines Wiener Landesgesetzes, mit dem das Gesetz über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe geändert wird; Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Sehr geehrte Damen und Herren!

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 29. September 2026, Ihr Zeichen: [redacted], nimmt das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zu dem im Betreff angeführten Entwurf wie folgt Stellung:

Zu § 3 des Wiener Dienstgeberabgabegesetzes

Aus Sicht des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird die vorgesehene Streichung der Altersbefreiung **gemäß § 3 lit. b** des Wiener Dienstgeberabgabegesetzes kritisch beurteilt. Dadurch erhöhen sich die Kosten der Beschäftigung von Personen, die das 55. Lebensjahr überschritten haben. Dies steht in einem Spannungsverhältnis zum arbeitsmarktpolitischen Ziel, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer:innen zu sichern und ihre Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Auch wenn die zusätzliche Belastung je Dienstverhältnis gering ist, entfällt damit eine gezielte Entlastung für die Beschäftigung dieser Personengruppe. Es wird daher angeregt, die bestehende Altersbefreiung beizubehalten.

Darüberhinaus wird angeregt, die Änderung des Wiener Dienstgeberabgabegesetzes zum Anlass zu nehmen, die **Aktualität** der in **§ 3 lit. c** WDGAG idgF angeführten Gesetze zu prüfen und allfällige Aktualisierungen durchzuführen, ohne dass sich dadurch nachteilige Auswirkungen auf den derzeit umfassten Personenkreis ergeben.

12. Oktober 2026
Für die Bundesministerin:

[redacted]

Elektronisch gefertigt

[redacted]